

26/11. 1918

26

137

Änderungen der Ernährungs- wirtschaft?

Eine Erklärung des Berliner Magistrats.

Der Berliner Magistrat hat in der gestrigen Sitzung gegen die im Hauptausschuß des Reichstages angekündigten Anträge zur Umbänderung des Kriegsernährungssystems schwere Bedenken erhoben. Es wird als höchst gefährlich angesehen, das in vier Jahren mühsamster Kriegswirtschaft aufgebaute System noch jetzt in einer Weise zu erschüttern, welche die Rücksicht auf die Masse der städtischen Verbraucher völlig beiseite setzt. Wie sehr, zeigen besonders die Anträge zum Getreide. Daß wir der vorhandenen Brotgetreidevorräte bis zur letzten Tonne bedürfen, um das Volk auch nur notdürftig zu ernähren, beweisen wahrlich die Vorgänge auch der neuesten Zeit zur Genüge. Auch in den Vorjahren hat sich gezeigt, daß der Bevölkerung das Mindestmaß an Broternährung nur dann gewährt werden kann, wenn die Gesamternte an Brotgetreide mit äußerster Anspannung erfaßt wird. Statt dessen soll dem Landwirte ein bedeutender Teil seiner Getreidernte grundsätzlich belassen und dadurch die Aufrechterhaltung auch nur der jetzigen Brotrate unmöglich gemacht werden. Denn daß die bevorzugte Behandlung der „minderbemittelten Bevölkerung“ also z. B. in Groß-Berlin von mehr als 90 v. H., sich weder durchführen läßt noch irgendwie nennenswerte Ersparnisse herbeiführen würde, sollte nachgerade Gegenstand allgemeiner Ueberzeugung sein.

Das neue System würde entgegen der jetzt leidlich hergestellten Gleichmäßigkeit der Brotverteilung zu einer Begünstigung der Wenigen führen, deren es gelingt und die imstande sind, sich des freigelassenen, im Preise selbstverständlich außerordentlich gestiegenen Mehls oder Brots zu verschern. Die Aufsichtsbehörden der Städte würden einer solchen Erschütterung nicht gewachsen sein; schon das Nebeneinander inländischer und teurer ausländischer Ware hat früher in zahlreichen Fällen zu einer unerklärlichen Vermehrung der „ausländischen“ Ware geführt. Ähnliche Unmöglichkeiten sind enthalten in den Vorschlägen für Kartoffeln, Obst und Gemüse. Bei Milch und Butter ist es sehr bezeichnend, daß die den Erzeugern zuge dachte Preiserhöhung, die man sich, wie es scheint, überaus stark vorstellt, wiederum von den städtischen Gemeinden bezahlt werden soll, damit sie dem Verbraucher nicht fühlbar wird. Alles in allem würden die Vorschläge zur Uahmlegung der kriegswirtschaftlichen Fürsorge für die städtischen Verbraucher führen.

Es ist nicht verwunderlich, daß die städtischen Behörden in den Anträgen, die im Hauptausschuß des Reichstages zur Kriegsernährungswirtschaft angekündigt worden sind, zunächst und vor allem Gefahren für die ihnen anvertraute Versorgung der großen Gemeinwesen erblicken. Die Art, wie jetzt die Dinge geregelt sind, ist zwar — darin ist wohl die Mehrheit aller Schichten einig — mangelhaft, aber der Verwaltungsbetrieb hat sich nun einmal auf sie eingerichtet und fürchtet, durch grundsätzliche Änderungen den Boden unter den Füßen zu verlieren. Trotzdem werden auch jene Vorschläge gewissenhaft auf ihre Brauchbarkeit geprüft werden müssen. Wir haben bereits gestern an anderer Stelle gesagt, daß man über die Einzelheiten des Antrages sehr verschieden denken kann und hervorgehoben, daß besonderer Nachdruck auf die Sicherstellung der von der Beschlagnahme erfaßten Erzeugung gelegt werden müsse. Aber schon mit Rücksicht auf die Zeit nach dem Kriege wird eine Neuordnung der Kriegsernährungswirtschaft unvermeidlich sein. Und das das augenblickliche System dringend der Verbesserung bedürftig ist, wird allein schon durch die Entwicklung des Schleichhandels wie der unzulänglichen und falschen Abwehrmaßnahmen gegen ihn erwiesen.